

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Barbara Höll,
Dr. Christa Luft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/4350 –**

UMTS-Milliarden für Entlastung von Altschulden auf dauerhaft leer stehenden Wohnraum

A. Problem

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, aus den Erlösen der Versteigerung der Mobilfunklizenzen einen Betrag von 3 Mrd. DM für die Entlastung von Wohnungsunternehmen von Altschulden auf dauerhaft leer stehenden Wohnraum in strukturschwachen Gebieten einzusetzen.

B. Lösung

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der PDS-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Große Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Die PDS-Fraktion besteht auf der Annahme ihres Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/4350 abzulehnen.

Berlin, den 15. November 2000

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Dr. Christine Lucyga
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Christine Lucyga

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/4350 in seiner 128. Sitzung am 27. Oktober 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, aus den Erlösen der Versteigerung der Mobilfunklizenzen einen Betrag von 3 Mrd. DM für die Entlastung von Wohnungsunternehmen von Altschulden auf dauerhaft leer stehenden Wohnraum in strukturschwachen Gebieten einzusetzen. Die Antragsteller weisen zur Begründung u. a. auf den tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess in den neuen Ländern und auf den Umstand hin, dass das Überangebot von einer Million Wohnungen zu ruinösen Tendenzen führe. Die von den Antragstellern gewollte Verwendung der UMTS-Milliarden entspreche der Intention der Bundes-

regierung, die die UMTS-Erlöse zur Schuldentilgung einsetzen wolle.

III.

Der **Haushaltsausschuss** empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der PDS-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 15. November 2000 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der PDS-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Die große Mehrheit des Ausschusses ist der Auffassung, dass es zwar wünschenswert wäre, einen solchen Betrag für die Lösung der Leerstandsprobleme in den neuen Ländern zur Verfügung zu haben, dass es aber nicht möglich ist, diese Mittel mehrfach auszugeben.

Berlin, den 15. November 2000

Dr. Christine Lucyga
Berichterstatlerin

